

Mehr Zivilgesellschaft wagen

Das 12. Forum des „Petersburger Dialogs“ vom 14. bis 16. November 2012 in Moskau - Eindrücke aus der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft

Das 12. Forum des Petersburger Dialogs zog viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, zumal zeitgleich die deutsch-russischen Regierungskonsultationen stattfanden. Die kritische Aufmerksamkeit galt auch dem Umstand, dass in den zurückliegenden Monaten in Russland Bürgerrechte beschnitten wurden und sich Arbeitsbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen verschlechtert haben. Die deutschen Medien nahmen außerdem die kritischen Reaktionen der deutschen Politik und die möglichen Folgen für das künftige deutsch-russische Verhältnis in den Blick.

Die russische Zivilgesellschaft unter Druck

Seit dem Beginn von Putins dritter Präsidentschaft im Mai 2012 haben sich in Russland autoritäre staatliche Tendenzen deutlich verstärkt. So wurden mehrere Gesetzesänderungen durch die Staatsduma gebracht, mit denen das Demonstrationsrecht ausgehebelt und die Informationsfreiheit vor allem im Internet eingeschränkt wird. Zugleich kam es zur juristischen Verfolgung etlicher Oppositioneller. Die Duma verabschiedete außerdem ein Gesetz, nach dem Organisationen, die ihre Arbeit zum Teil oder ganz aus ausländischen Quellen finanzieren, sich als „ausländische Agenten“ registrieren und diese diskreditierende Bezeichnung in der Folge auf allen Publikationen und Webseiten führen müssen. Außerdem unterliegen sie einer verschärften Finanzaufsicht. Kommen die Organisationen ihrer Rechenschaftspflicht nicht nach, drohen ihnen hohe Geldstrafen und gegebenenfalls auch ein Verbot - all dies ohne Gerichtsbeschluss. Das Gesetz richtet sich ganz offensichtlich gegen politisch aktive NGOs, die gegen Menschenrechtsverletzungen, Korruption oder Umweltzerstörungen eintreten. Es trifft aber ebenso Organisationen, die sich um soziale Fragen, Bildung und Gesundheitsfürsorge kümmern und dabei mit ausländischen Geberorganisationen kooperieren. Außerdem beschlossen wurde vom russischen Parlament ein neues Hochverratsgesetz, das unter bestimmten Umständen Beratung für und Informationsaustausch mit internationalen Organisationen wie Amnesty International unter Strafe stellt.

Deutliche Kritik der Bundesregierung an der russischen Demokratie- und Menschenrechtspolitik

Die Bundesregierung hatte sich nach längerem Zögern zu einer kritischen Stellungnahme hinsichtlich der genannten Entwicklungen durchgerungen. Mit dem Antrag der Regierungsfractionen vom 6. November 2012 mit dem Titel „Durch Zusammenarbeit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit in Russland stärken“ betont sie die hohe Bedeutung einer deutsch-russischen Modernisierungskooperation, die die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen einschließt. Im Antrag herausgehoben wird der Wert von Rechtsstaatlichkeit, Demokratieentwicklung und einer aktiven Bürgerschaft. Deutliche Kritik richtet sich gegen die gesetzgeberischen und juristischen Maßnahmen, mit denen in Russland kritisches Engagement kriminalisiert wird.

Maßgeblichen Anteil an der Erarbeitung der Resolution hatte der CDU-Bundestagabgeordnete und Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt, Andreas Schockenhoff. Wegen seines Engagements war er von russischen Regierungsvertretern scharf angegriffen worden, was zwischenzeitlich ein diplomatisches Scharmützel zwischen beiden Regierungen nach sich gezogen und für erhebliche Irritationen im deutsch-russischen Verhältnis gesorgt hatte.

Die AG Zivilgesellschaft im Rahmen des Petersburger Dialogs

Andreas Schockenhoff kommt im Rahmen des Petersburger Dialogs eine besondere Rolle zu: Gemeinsam mit seinem russischen Counterpart Michail Fedotov, Vorsitzender des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten der Russischen Föderation, leitet er die Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft, eine von acht Arbeitsgruppen des Petersburger Dialogs. Die Tagesordnung wird jeweils gemeinsam von den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen festgelegt. Während von deutscher Seite mehrere Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen wie dem Deutsch-Russischen Austausch e.V., MitOst e.V. oder Amnesty International eingeladen wurden, blieb die Zusammensetzung der russischen Teilnehmergruppe eher intransparent. Bekannte Bürger- und Menschenrechtler waren in jedem Fall nicht unter ihnen.

Bereits vor der offiziellen Eröffnung des Petersburger Dialogs hatten jedoch der deutsche und der russische Vorsitzende der Arbeitsgruppe gemeinsam zu einem Treffen der deutschen Delegation mit 30 Vertretern russischer NGOs wie Memorial, Golos und der Moskauer Helsinki Group eingeladen. Die Beteiligten beider Seiten tauschten sich über die schwierige Lage aus und verabschiedeten eine gemeinsame

Erklärung, mit der sie die Bedeutung einer europäisch vernetzten Zivilgesellschaft hervorheben und sich gegen die restriktive russische Gesetzgebung, gegen die eingeschränkten Demonstrations- und Informationsfreiheit, vor allem aber gegen das bereits erwähnte „Agentengesetz“ wenden. Der Text der Erklärung findet sich unter: <http://www.stiftung-evz.de/service/pressebereich/pressemitteilungen-2012/pressemitteilung-vom-15112012.html>

Die Diskussionsatmosphäre in der eigentlichen Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft des Petersburger Dialogs war schließlich sachlich und konstruktiv, allerdings phasenweise auch unkonzentriert, nicht zuletzt, weil sich die zahlreichen Teilnehmer in einen völlig überfüllten Raum drängen mussten. Überdies war die ursprünglich vorgesehene fünfstündige Arbeitsphase von den russischen Gastgebern bedauerlicherweise kurzerhand um zwei Stunden verkürzt worden - um den Konferenzgästen ein abendliches Kulturprogramm präsentieren zu können. Weil dennoch keiner der verabredeten Themenblöcke herausfallen sollte, standen die Impuls- und die Diskussionsbeiträge unter merklichem zeitlichem Druck. Vereinbarte Themen waren rechtliche Rahmenbedingungen für NGOs in beiden Ländern, Bürgerbeteiligung in politischen und administrativen Prozessen, Freiwilligkeit, Wohltätigkeit und Sponsorship und das Sozialforum des Petersburger Dialogs.

Auch fünf Stunden hätten für eine tiefergehende Diskussion derart komplexer Themen selbstverständlich nicht ausgereicht. Wegen Zeitnot wurde hier vieles nur angerissen, etwa die Rolle der Bürgergesellschaft bei der Lösung sozialer Fragen. Eine Diskussion zu den weiteren Entwicklungsperspektiven des Sozialforums oder auch zur möglichen strategischen Bedeutung des sozialen Bereiches für die deutsch-russische zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit fand leider kaum mehr statt, ebenso wenig wie eine Debatte über den Zusammenhang zwischen sozialem und politischem Engagement, zwischen der Verwirklichung sozialer Rechte und Demokratieentwicklung. Dabei erscheint das Feld des Sozialen als geeignet, sich auf Augenhöhe über mögliche Bewältigungsstrategien für in beiden Ländern anstehende Herausforderungen auszutauschen. Einen zentralen Anknüpfungspunkt könnten hier beispielweise der demographische Wandel und seine Folgen darstellen.

Runde Tische und Plenardiskussionen

Die Diskussionen im weiteren Verlauf des Forums, die in Form von Runden Tischen und Plenumsveranstaltungen stattfanden, brachten einige Missstimmungen mit sich. Hier kamen grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen zur Sprache, zur russischen NGO-Gesetzgebung wie auch zur Legitimität der deutschen Kritik an Russland. Während in der Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft selbst – ebenso wie in

anderen Arbeitsfeldern der deutsch-russischen Zusammenarbeit, etwa Kultur, Bildung und Wissenschaft – eher sachlich-pragmatisch agiert und diskutiert wurde, wurden in den Plenarformaten in zentralen Fragen der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit Konflikte ausgetragen, die sich ganz offenkundig nicht nur auf der Sach-, sondern auf eigentümliche Art zugleich auf der Beziehungsebene abspielten. Hier verwarnten sich vor allem russische Konferenzteilnehmer gegen die in ihren Augen unverhältnismäßige Kritik der deutschen Seite an der russischen Politik. Ihre Äußerungen schienen oftmals von persönlicher Empörung (oder auch kalkulierter Kränkung) geprägt zu sein. Dabei wurde im Übrigen auch deutlich, dass der deutsch-russische Dialog vor allem ein Dialog über Russland und seine Modernisierung ist und aus diesem Grund trotz aller Bekundungen bisher kaum auf tatsächlich von beiden Seiten so empfundener Augenhöhe stattfindet.

Spannend wird es sein zu beobachten, wie der Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs bei künftigen Treffen dieser Schieflage und der deutschen Kritik am Umgang Russlands mit seiner Zivilgesellschaft begegnen wird. Einen ersten Hinweis darauf brachten im Rahmen des Abschlussplenums mehrere deutsche Mitglieder des Lenkungsausschusses vor. Sie warfen die Frage auf, wozu es einer eigenen Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft bedarf, wo doch das ganze Format ein Projekt und ein Dialog der Zivilgesellschaften sei. Dahinter war der Versuch erkennbar, sich die für so manchen lästige kritische Bürgerrechtsdebatte vom Hals zu schaffen, indem einer der Orte, an denen sie tatsächlich stattfindet, kurzerhand für überflüssig erklärt wird. Interessant war dabei auch, dass sich hier Vertreter der Wirtschaft und des Staates in ihren jeweiligen Funktionen zu Repräsentanten der Zivilgesellschaft erklärten – eine Auffassung, die aus der Perspektive der deutschen wie auch der internationalen gesellschaftspolitischen Debatte zur Zivilgesellschaft als zumindest befremdlich erscheint. Andererseits verweist dies aber auch darauf, dass seit Gründung des Petersburger Forums nie der ernsthafte Versuch unternommen wurde, den zugrundeliegenden Zivilgesellschaftsbegriff zu klären und hierfür ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, bei dem die Zivilgesellschaft im Hinblick auf ihre Funktion und ihre Handlungsweise sinnvoll vom Staat und von der Wirtschaft unterschieden wird.

In diesem Zusammenhang wird nicht zuletzt auch der „Geburtsfehler“ des 2001 von Vladimir Putin und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Leben gerufen Petersburger Dialogs sichtbar, der von Beginn an von einer starken Top-down-Ausrichtung und von deutlicher staatlicher Einflussnahme auf beiden Seiten gekennzeichnet ist. Auch der Einfluss der beteiligten großen Wirtschaftsunternehmen (unter anderem aus dem Energiesektor) ist mindestens als ambivalent zu werten. Diese Unternehmen haben ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an einer reibungsarmen Zusammenarbeit mit Russland. Sie treten nicht zuletzt als

Hauptsponsoren des Petersburger Dialogs auf, der von deutscher Seite nur über einen vergleichsweise geringen Etat aus dem Bundeskanzleramt verfügt. Damit sind aber offenbar auch gewohnheitsmäßige Ansprüche an eine möglichst repräsentative Konferenzausstattung verbunden. Das 12. Forum wurde in einem der teuersten Hotels Moskaus abgehalten, mit entsprechend aufwändigem Catering und angehängtem Kulturprogramm. In welchem sinnvollen Verhältnis dieser immense Aufwand zu den tatsächlichen Ergebnissen der Treffen steht, bleibt weitgehend unklar. Das diesjährige 13. Forum wird wieder in Deutschland stattfinden. Ob hier weniger Pomp und stattdessen mehr Zivilgesellschaft auf der Tagesordnung stehen werden, erscheint mit Blick auf die beteiligten Akteure zumindest als fraglich.

Susanne Rindt leitet die Abteilung „Verbandsangelegenheiten, Engagementförderung, Zukunft der Bürgergesellschaft“ beim Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt. Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder.